



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erschint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 2.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Pestzeile 1,25 Mark, Lebens- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Bettungsregister.

Zum 7. ordentl. Verbandstage in Frankfurt a. M.

Am 11. Juli 1920 werden zum ersten Male nach dem Kriege, der furchtbaren welterschütternden Tragödie der gesamten Menschheit, die Vertreter der Hilfsarbeiterschaft des Druckgewerbes zu einer Tagung zusammenkommen, auf der sie die für den Verband während der abgelaufenen Verbandsperiode bedeutsamen Ereignisse kritisch und sachlich würdigen sollen, aber auch, was wichtiger und notwendiger ist, die zukünftigen Aufgaben des Verbandes festlegen und zweifelsfrei zu bestimmen haben, wie die auf wirtschaftlichem und tariflichem Gebiet liegenden Forderungen der Hilfsarbeiterschaft ihre Erledigung finden müssen. Es ist die höchste Zeit, daß eine Klärung der Meinungen erfolgt und von der Vertretung des ganzen Verbandes unzweideutig bestimmt wird, nach welcher Richtung hin die gewerblichen Verhältnisse der Hilfsarbeiter ihre Entwicklung nehmen sollen.

Während der Zeit nach dem November 1918 hat es in unsern Kreisen oft harte Meinungsverschiedenheiten gegeben. Die allgemeine Unzufriedenheit, hervorgerufen durch die traurige wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft, mag zum Teil die Ursache gewesen sein; große Hoffnungen, die auf die neue Staatsform gesetzt wurden, sind enttäuscht worden; den Stürmern und Drängern, von denen manche erst nach dem Kriege entdeckten, daß ihr Herz für die freiorганиerten Arbeiter schlug, ging die Entwicklung nicht schnell genug, sie versuchten, mit gewagten Experimenten den Gang der Dinge zu beschleunigen — alles das hat Stimmungen in der Arbeiterschaft ausgelöst, die ihren festgefügteten Organisationsrichtungen nicht günstig waren, hat einen mit aller Schärfe geführten Meinungsstreit hervorgerufen, der oft die bisher übliche kollegiale Form vermissen ließ. Wir Hilfsarbeiter sind trotz der Meinungskämpfe in der Entwicklung nicht stehen geblieben. Wir stehen organisatorisch mächtiger da denn je und bilden eine Kampfruppe, die jedem Angriff von außen trohnen wird. Durch das Vertrauen Zehntausender zu unserm Verband erwächst jedoch die Verpflichtung für die höchste Körperpersönlichkeit, den Erwartungen, wenn nicht in vollem Umfange, so doch aber bis zur Möglichkeit gerecht zu werden. Das mögen die Delegierten der Verbandsgeneralversammlung bedenken.

Aufmerksam werden die Mitglieder den Verhandlungen folgen und fragen werden sie ihre Vertreter, was habt ihr praktisch für Arbeit geleistet, mit welchen durchführbaren Vorschlägen kommt ihr? Wie gut wäre es, brauchten wir uns mit Fragen des Magens und Lohnforderungen nicht mehr abzugeben und wäre diese drückenden Wirtschaftsprobleme erst gelöst. Zuerst kommt aber bei dem Arbeiter Linderung der augenblicklichen Not in Betracht. Daß wir bei den Arbeiten für Stunde und Tag nicht das Ziel, auf das alle freiorганиerten Arbeiter unermüdetlich und jäh hinsteuern, aus

den Augen lassen dürfen, brauchen wir niemandem besonders in die Ohren blasen. Es gibt Leute, die selber glauben, daß sie mit ihren großen und lauten Worten, diese Entwicklung beschleunigen können und annehmen, die Masse der organisierten Arbeiter käme besser über die augenblickliche Not hinweg, wenn mehr auf das Endziel hingewiesen und die Forderungen der Zeit als nebensächlich abgetan würden.

Im Vordergrund der Verhandlungen werden auch diesmal unsere auf lohn tariflichem Gebiet liegenden Erfahrungen stehen, die Notwendigkeit der Schaffung des Reichstarifs für das gesamte Hilfspersonal wird reiflich erwogen, anerkannt oder abgelehnt werden müssen. Die Mehrheit der Delegierten wird der Leitung des Verbandes und den Funktionären bestimmte Richtlinien vorzeichnen haben, nach denen in den nächsten Jahren die für die Hilfsarbeiterschaft erforderlichen Maßnahmen durchgeführt werden sollen. Es wäre überflüssig, hierbei den Wunschn laut werden zu lassen, bei dem rein wirtschaftlichen Charakter des zu behandelnden Gegenstandes, möglichst parteipolitische Momente auszuschalten. Nach der bis jetzt zum Teil geführten öffentlichen Debatte zu urteilen, werden sich einzelne Vertreter nicht davon abhalten lassen, ihre polemische Art auch auf die Tagung in Frankfurt zu übertragen, und dabei wird die Kriegs- und Friedenspolitik sicher einen großen Raum einnehmen. Ob eine zu eingehende Behandlung politischer Fragen von Vorteil für den Verband sein wird, muß dahingestellt bleiben.

Es soll auch hier nicht die Selbstverständlichkeit hervorgehoben werden, daß die Vertreter in Frankfurt immer das Wohl des Ganzen im Auge behalten müssen. Warum soll erst ausgesprochen werden, was jeder weiß oder wissen sollte. Es wird diesmal so sein, wie es stets gewesen ist und nicht nur bei den Generalversammlungen der Hilfsarbeiter: jeder Sprecher wird gerade von seinen Worten annehmen, daß ihr Ausdruck von großer Bedeutung für den Verband sei. Und mehr ist schließlich von einzelnen nicht zu verlangen. Wenn seine Ausführungen und Vorschläge von dem guten Willen getragen sind, damit der Allgemeinheit der Hilfsarbeiter zu dienen und ihn nicht persönliche Beweggründe leiten oder Krakeelsucht den Mund aufmachen läßt, so entspricht er billig den Erwartungen der Mitgliedschaften.

Hoffen wir, daß die Tagung in Frankfurt a. M. uns in ihrer Art gefällt und in ihrem Resultat befriedigt. Nicht alle werden zufriedengestellt werden können, aber die Einsicht sollte nach dem Verbandstage bei jedem aufkommen, daß mehr beim besten Willen nicht erzielt werden konnte und das Ergebnis wirklich ein Erfolg genannt werden kann.

Nun, auf zur Arbeit und viel Glück zum Gelingen!

Für die Woche vom 11. bis 17. Juli 1920 ist die Beitragsmarke in das mit 29 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Zur gefl. Beachtung für alle Verbandsfunktionäre.

Des Verbandstages wegen bitten wir, die Absendung von Briefen, Geldsendungen und Abrechnungen an den Verbandsvorstand in der Zeit vom 9. bis 19. Juli d. J. einzustellen. Geldüberweisungen an das Postfachamt und die Bank können nach wie vor erfolgen. Zu besonders dringenden Fällen sind Zuschriften während der Tagung an den Unterzeichneten unter der Adresse: Restaurant „Steinernes Haus“, Frankfurt a. M., Braubachstr. 36, zu senden.

Die Zahlstelle **B a u e n** beschloß die Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pf., die Zahlstelle **T r i e r** die Erhebung von 20 Pf. wöchentlich.

Der Verbandsvorstand erteilt hierzu seine Genehmigung.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: E. P u c h e r, 1. Vorsitzender.

Unser Verband in den Jahren 1918—1920.

Der Bericht über die letzte Verbandsperiode umfaßt nur zwei Jahre. Der außerordentliche Verbandstag in Berlin, der im Juni des letzten Kriegsjahres tagte, hat die Zeit seit dem Jahre 1914, also die eigentliche Kriegszeit, bereits erschöpfend behandelt. Nachzutragen wären für diese Berichtsperiode nur die letzten Kriegsmomente. Während dieser Zeit wurde der wichtigste Beschluß der Berliner Generalversammlung, die Mündigung der Allgemeinen Bestimmungen, durchgeführt, und schon im Juli desselben Jahres nahm der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker Gelegenheit zur eingehenden Behandlung der durch die Mündigung der Hilfsarbeiter geschaffenen gewerblichen Lage. Die Gehilfenvertreter waren sich durchaus klar und machten die Prinzipale darauf aufmerksam, daß durch eine tariflose Zeit unter Umständen eine starke Beunruhigung des gewerblichen Friedens eintreten würde, in die auch die Gehilfenschaft mit hineingezogen werden könnte. Der Tarifausschuß legte einstimmig fest, daß es im Interesse des gewerblichen Friedens wünschenswert sei, wenn es zu einer Verständigung zwischen Prinzipalität und Hilfsarbeitern kommen würde. Dem Tarifamt wurde die Befugnis erteilt, auf Antrag der Hilfsarbeiter diese Verständigung anzubahnen.

Zu dieser Verständigung ist es bekanntlich bis heute noch nicht gekommen. Während der Kriegszeit konnte eine gemeinsame Aussprache nicht erzielt werden. Erst im November 1919 kam es zu Verhandlungen, über die in der „Solidarität“ und wohl in allen Mitgliederversammlungen eingehend berichtet wurde. Den damals beschlossenen Reichstarif wandelten die Unternehmer in eine „Beratungsvorlage“ um, die für ihre Mitglieder keine Geltung haben durfte. Das heißt, die uns in jenen Verhandlungen gemachten durchaus noch ungenügenden Zugeständnisse waren den Buchdruckerprinzipalen zu hoch, sie versuchten, indem sie den Abschluß bestritten, so davon loszukommen.

Aber auch ohne Reichstarif konnten für die Kolleginnen und Kollegen praktische Erfolge erreicht werden. Durch die Forderungen nach Teuerungszulagen kam es zu fortgesetztem Kleinrieg mit den Unternehmern im Buch- und Steindruckgewerbe. Diese Zulagen nach dem Beispiel der Gehilfen im Buchdruckgewerbe zentral für das Hilfspersonal zu regeln, war die Verbandsleitung unausgesetzt bemüht. Zum ersten Male gelang das im Dezember 1918 allerdings gegen den Willen der Unternehmer, die vom Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung gezwungen wurden, die Beschlüsse einer von den Unternehmern sabotierten Tarifausschussung auch für die Hilfsarbeiter anzuerkennen. Im Mai 1919 wurden für die Gehilfen im Buchdruck erneut Teuerungszulagen festgelegt, das Hilfspersonal aber nicht berücksichtigt. In allen Gauen hatten damals nach dem Beschluß der Mailkonferenz unserer Gauleiter die Mitglieder Forderungen auf Teuerungszulagen in gleicher Höhe gestellt. Oft kam es zu Konflikten, die meistens zum Erfolg führten. Die weitere Zulage wurde dann für das Hilfspersonal in Buch- und Zeitungsdruckereien von dem Tarifausschuß der Buchdrucker festgelegt. In sehr anerkennenswerter Weise vertrat dort Kollege Pucher unsere Forderungen, denn es auch

gelang, bei einer der letzten Teuerungszulage, dem Kleinen-Seip-Abkommen, durch seine Anregung für Berlin, und bei den Zulagen im Mai d. J. noch für Hamburg und andere Orte im besetzten Gebiet über die allgemein festgelegten Prozentsätze hinauszu kommen.

Gleichzeitig mit den Bewegungen im Buchdruck wurde unausgesetzt für das Steinrudereihilfspersonal mit gutem Erfolg auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eingewirkt. In mehr als 120 Orten konnten örtliche Lohn- und Tarifvereinbarungen herbeigeführt werden. Leider liegen hier zum Teil die gewerblichen Verhältnisse weniger günstig als im Buchdruck. Einer zentralen tariflichen Regelung sind aber durch genannte Abschlüsse die Wege gebnet.

Die organisatorische Entwicklung des Verbandes hat in den beiden Berichtsjahren alle Erwartungen übertroffen. Durch die Einberufung zum Militär, durch Abwanderung in andere Berufe ging während der Kriegszeit die Zahl der organisierten Hilfsarbeiter stark zurück. Im September 1917 war mit 6200 Mitgliedern der tiefste Stand festgestellt worden. Nach Kriegsende stieg die Mitgliederzahl rapid. Schon am Schluß des Jahres 1918 konnten 14346 Mitglieder gezählt werden. Seitdem ging es unausgesetzt aufwärts. Ende 1919 war die Mitgliederzahl gegen das Vorjahr um 153 Prozent gestiegen, nämlich von 14346 auf 36266. Zurzeit kann der Verband mehr als 42000 organisierte Hilfsarbeiter mustern. Die weitaus große Mehrheit stellen die Kolleginnen im Verbands. Von den 36266 Mitgliedern am Schluß des 4. Quartalsjahres 1919 waren 11722 männliche und 24544 weibliche Mitglieder.

Der Steigerung der Mitgliederzahl entsprechend haben sich auch die Finanzen des Verbandes gebessert. Im Jahre 1918 ergaben die Einnahmen den Betrag von 289288,18 Mk., die Ausgaben beliefen sich auf insgesamt 233704,33 Mk., so daß sich ein Ueberschuß von 55583,85 Mk. ergab. In diesem Jahre schon waren die Einnahmen gegen das Vorjahr um 101366,86 Mk. gestiegen. Hier machte sich bereits in der Hauptsache die Mitgliederzunahme bemerkbar.

Im folgenden Jahre aber, nämlich 1919, hatten sich die Einnahmen gegen 1918 vervierfacht. Der Hauptkassierer konnte 1138471,41 Mk. Einnahme buchen. Im gleichen Verhältnis ungefähr stiegen auch die Ausgaben, die in Höhe von 636035,32 Mk. angegeben werden, so daß sich ein Ueberschuß von 502436,09 Mk. ergibt. Die Verbandskasse schloß am 31. März 1920 mit einem Bestand von 773383,04 Mark ab. Eine gewaltige Steigerung des Vermögens, denn noch im April 1919 stellte sich das Verbandsvermögen auf 270946,95 Mk. Der Mitgliederbestand stieg gegen das Vorjahr 1918 um 153 Prozent, der Kassenbestand um 182 Prozent. Trotzdem ist der auf das einzelne Mitglied entfallende Vermögensanteil nicht gestiegen, sondern hat sich etwas vermindert. Kollege Bodahl hat berechnet, daß im Jahre 1918 der Betrag von 29,68 Mk., im folgenden Jahre von 28,79 Mk. auf ein Mitglied kam.

Die Einnahmen setzen sich in der Hauptsache aus Mitgliedsbeiträgen zusammen, wozu dann noch Eintrittsgelder und Kapitalszinsen neben kleineren, weniger wichtigen Posten kommen.

Bei den Ausgaben interessieren zuerst die Unterstüßungen. Schon 1918 mußten 29276,93 Mk. mehr als im Vorjahre dafür ausgegeben werden. Die Summe für Unterstüßungen belief sich insgesamt auf 82112,75 Mk. und stieg 1919 auf 166750,64 Mark, erhöhte sich also um 103 Prozent. Die höchste Ausgabe erforderte 1918 die Krankenunterstützung mit 38077,60 Mk., ihr folgte die Kriegs- und Extranterstützung mit 30460,— Mk., für Arbeitslose wurden 13210,75 Mk. ausgegeben, während an Streikende nur 319,10 Mk. ausbezahlt wurden. Der kleine Betrag für Reichsbeschäftigte mit 45,30 Mk. vervollständigte die Summe der Ausgaben.

Für das Jahr 1919 markiert die Arbeitslosenunterstützung an der Spitze mit 52451,37 Mk., dann folgt die Krankenunterstützung mit 40365,60 Mark, Streikunterstützung 37139,57 Mk., Extranterstützung 36573,20 Mk. und die Ausgabe für Reichsbeschäftigte mit 220,90 Mk.

Eine ungeheure Steigerung haben die Ausgaben für die Verwaltung, für die Zeitung, Agitation usw. erfahren. Sie betragen insgesamt im Jahre 1918 bereits 151591,58 Mk. und im nächsten Jahre 469284,68 Mk. Der Kassierer erklärt diese hohe Summe im Jahre 1918 mit den Ausgaben für den außerordentlichen Verbandstag, auch der Bedarf an Druckfachen war außerordentlich groß. Das Druckfachen jetzt kosten, beweisen die für die Verbandszeitung eingeleiteten Beträge. Vor dem Kriege stellte sich der Druck einer vierseitigen Zeitung auf 240,— Mk., im Jahre 1917 auf 650,— Mk.,

im Jahre 1918, als die Auflage eine Höhe von 20000 erreichte, auf 1300,— Mk. Jetzt dagegen, in diesem Jahre, kostete Papier und Druck von Nr. 26 der „Solidarität“ in einer Auflage von 43000 Exemplaren die Kleinigkeit von 6977,— Mk.

In welchem Prozentverhältnis die Ausgaben zu den Einnahmen stehen, zeigt für die beiden Berichtsjahre folgende Gegenüberstellung:

	1918	1919
Unterstützungen	28 Proz. 15	15
Gehälter	18	13
Verwaltung der Zahlstellen	7	8
Verw. d. Verbandsvorstandes	2	1,4
Verbandszeitung	12	9
Agitation	2	3
Versicherung	3	1
Reisekosten	3	0,7
Druckkosten	4	3
Sonstiges	3	1,5
Tarif- und Lohnbewegungen	—	1

Im Verhältnis zu den Verwaltungsausgaben sind die Beträge für Kranken- und Arbeitslosenunterstützung recht niedrig, findet aber seine Erklärung darin, daß im Jahre 1919 zwei Drittel der Mitglieder noch nicht unterstützungsberechtigt waren. Der Kassierer rechnet mit einer Verdoppelung dieser Ausgaben für das laufende Jahr. Aber ebenfalls werden sich die andern Ausgaben erhöhen. Der Verbandstag wird das Soll und Haben des Verbandes eingehend würdigen und die Finanzen auf eine Grundlage stellen müssen, die sichere Gewähr für eine gute Entwicklung auch der Klassenverhältnisse bietet.

Drei Reichstarife vom Verband der Lithographen, Steinrunder und verwandten Berufe.

Am 31. Mai liefen die Reichstarife für das Deutsche Lithographie- und Steinruckgewerbe und das Deutsche Lichtdruckgewerbe ab, dem sich am 30. Juni der Reichstarif für die Bromsilber-Kunstdruckindustrie anschließt. Die Ende Mai geführten Verhandlungen zum Zwecke der Revision der Beträge und deren etwaigen Neuabschluss führten zu Ergebnissen, die gemäß den Beschlüssen des letzten Verbandstages in Magdeburg den Berufsarbeitern zur Urabstimmung vorzulegen waren und erst nach einer Zustimmung zum Abschluß gebracht werden können.

Den Reigen der Verhandlungen eröffnete das Lithographie- und Steinruckgewerbe. Der einsehende wirtschaftliche Niedergang legte sich mit Bleischnur auf den Gang der Verhandlungen und ließ von den Forderungen der Gehilfen auf Verkürzung der Arbeitszeit, Neufestsetzung der Mindestlöhne, Verlängerung der Ferienszeit, Befreiung von Akkord- und Prämienarbeit, und einiger kleineren Forderungen nicht viel Wirklichkeit werden. Daneben war noch für alle graphischen Verufe eine Teuerungszulage von 60 Mk. die Woche gefordert worden. Die Unternehmer verlangten dagegen eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 48 Stunden, Erhöhung der Zahl der zulässigen Ueberstunden, Abrechnung der Lohnwoche am Donnerstags und Festsetzung eines Stichtages für Feriengewährung.

Wie nicht anders zu erwarten war, bildeten Arbeitszeit und Arbeitslohn die wichtigsten Punkte der Verhandlungen, und wiederholt hatte es den Anschein, als ob in diesen Fragen eine Verständigung nicht erzielt werden könnte. Erst nach dreitägigen Verhandlungen kam ein Ergebnis zustande, das durch Urabstimmung von der Gehilfenschaft mit 3871 gegen 1040 Stimmen bei 36 Stimmenthalten angenommen wurde.

In den neuen Tarif wird auch die Sparte der Rotenstecher mit einbezogen, sofern der dort laufende Tarif zu Ende ist oder Verhandlungen etwas anderes bestimmen. Die Arbeitszeit beträgt wie bisher 47 Stunden die Woche, jedoch kann nach Verständigung zwischen den beschäftigten Lithographen und Steinrundern und der Betriebsleitung die 48. Stunde als Ueberstunde mit Zuschlagszahlung gearbeitet werden. Der Mindestlohn setzt sich aus den bis jetzt geltenden Mindestlöhnen, Prozentzuschlägen und allen gewährten Teuerungszulagen zusammen und beträgt für einen über 24 Jahre alten Arbeiter in Orten ohne Prozentzuschlag 165 Mk., in Orten mit 25 Prozent Zuschlag 180 Mk. Neben diesen Lohnsätzen werden den Gehilfen je nach Alter und Größe der Orte Teuerungszulagen von wöchentlich 21 bis 40 Mk. gewährt. Zwei Drittel dieser Zulagen werden vom 1. Juni an, das letzte Drittel vom 21. Juni an gezahlt. Wie im alten Vertrage, ist eine vierteljährliche Revision der Löhne vorgesehen.

Die Kostgeldentschädigung für Behrlinge ist erstmalig für das ganze Reich einheitlich geregelt. Die

Sätze betragen im ersten Lehrjahre 10 Mk., im zweiten 20 Mk., im dritten 30 Mk. und im vierten Lehrjahre 40 Mk. Neben kleinen Verbesserungen, wie Neueinteilung der Tarifstufen, Erhöhung der Zuschläge für Ueberstunden usw., wurde den Unternehmern ein Verbot der Neueinführung von Afford- und Prämienarbeit abgerungen und damit ein Schritt vorwärts auf dem Wege der vollständigen Beseitigung getan.

Wesentlich wie im Steindruckgewerbe war die Lage bei den Verhandlungen für das Lichtdruckgewerbe. An Gehilfenforderungen lagen vor: Beseitigung des Organisationszwanges, Verkürzung der Arbeitszeit, einheitliche Grundlage der Mindestlöhne, Gewährung einer Feuerungszulage in Höhe von 60 Mk. die Woche und Verlängerung der Ferienzeiten. Die Unternehmer dagegen beantragten unter Beibehaltung der 48stündigen Arbeitszeit den Tarif in seiner alten Fassung bis zum 31. Dezember 1920 laufen zu lassen, um ihn dann mit dem Tarif für das Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe zu vereinen.

Nach dem Ergebnis der Verhandlungen beträgt der Mindestlohn für über 24 Jahre alte Gehilfen in der Staffel ohne Zuschlag 175 Mk., in der Staffel mit höchstem Zuschlag 190 Mk. Zu diesen Lohnsätzen treten von 4. Juni an Feuerungszulagen für Gehilfen von 20 bis 30 Mk. Da nach Lage des Gewerbes eine höhere Feuerungszulage nicht gewährt werden kann, wird das Tarifamt beauftragt, am 15. Juli erneut über einen Lohnausgleich zu verhandeln. Mit 125 gegen 66 Stimmen gaben die Lichtdrucker diesem Abschluß ihre Zustimmung.

Die Revisionsverhandlungen in der Bromsilder-Kunstbrud-Industrie brachten das selbe Ergebnis wie im Steindruckgewerbe. Auch in der Kunstbrud-Industrie ging der Hauptkampf um die Positionen Arbeitszeit und Arbeitslohn. Im neuen Tarifvertrag betragen die Mindestlöhne nach Vollendung der dreijährigen Lehrzeit:

	für Gehilfen	für Gehilfeninnen
im ersten Gehilfenjahr	125,— Mk.	111,— Mk.
im zweiten Gehilfenjahr	155,— "	114,— "
bis zum 24. Lebensjahr	175,50 "	130,50 "
für über 24 Jahre alte	200,— "	152,50 "

Dazu kommt eine Feuerungszulage, von der drei Viertel erstmalig am 4. Juni, das letzte Viertel am 25. Juni zur Auszahlung kommt in Höhe von 20 bis 40 Mk. Auch dieser Tarif erhielt die Zustimmung der zuständigen Gehilfenschaft, obwohl er den Wünschen nicht Rechnung trägt und läuft ein Jahr.

Bei allen Verhandlungen wurde gemäß den Beschlüssen der Zentralarbeitsgemeinschaft und der Reichsarbeitsgemeinschaft die Bezahlung der Generalkstreiktage gefordert, jedoch in keinem Falle eine Verständigung erzielt. Dem Gebanten der Arbeitsgemeinschaft ist dadurch ein Dienst erwiesen worden, der seine Früchte sicherlich noch tragen wird.

Aus unseren Zahlstellen.

Dresden. In der stattgefundenen Generalversammlung gab Kollege Herrmann den Geschäfts- und Kassenbericht vom ersten Vierteljahr 1920. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Ableben der Mitglieder Dora Grub, Margarete Höpfel, Arno Näther und Georg Reichsch. Ueber ein arbeitsreiches Vierteljahr sei zu berichten. Eine unermessliche Arbeit, die sich nicht bis ins kleinste detaillieren ließe, sei zu leisten gewesen; durch Anstellung des Kollegen Täubrich sei eine Entlastung eingetreten. Der Erfolg aber, der auf dem Gebiete der Lohnpolitik sowie der Entwicklung der Zahlstelle zu verzeichnen sei, sei der beste Lohn für diese aufreibende Tätigkeit, die von allen Funktionären freudig geleistet wurde. Auf dem Gebiete der Lohnbewegungen ist zu verzeichnen, daß an das Buchdruckereihilfspersonal durch Tarifamtsbeschluß am Anfang des Jahres eine sogenannte Brot- und Kartoffelzulage in Höhe von 5,— Mk. für ledige und 10,— Mk. für verheiratete Personen gewährt wurde. Am 15. März erfolgte weiterhin eine Feuerungszulage, die für über 24 Jahre alte oder verheiratete Hilfsarbeiter 42,50 Mk., für 17 bis 24 Jahre alte 37,50 Mk., für Anlegerinnen 27,50 Mk. und Arbeiterinnen 25,— Mk. betrug. Für das im Zeitungsgewerbe tätige Hilfspersonal wurden durch Verhandlung für erstere Gruppe 50,— Mk., für die zweite 49,— Mk. und für Anlegerinnen und Arbeiterinnen derselbe Satz erreicht. Hierbei muß erwähnt werden, daß die Herren Zeitungserleger dem übereinstimmend gefassten Beschluß nachträglich eine andere Auslegung gaben, dahingehend, daß den ledigen Arbeitern und Arbeiterinnen von diesen Sätzen 5,— Mk. in Abzug gebracht wurden. Ein langwieriger brieflicher, telephonischer und persönlicher Austausch führte zu

dem Resultat, daß dieser Abzug bei der ab 31. Mai zu gewährenden Feuerungszulage ausgeglichen werden sollte. Kollege Herrmann forderte das Zeitungshilfspersonal auf, der Erfüllung dieses Versprechens besondere Aufmerksamkeit zu schenken und bei Nichterfüllung energisch auf Erfüllung des selben zu dringen. Für das Stein- und Buchdruckhilfspersonal wurden in der Berichtszeit drei Zulagen erreicht, und zwar zahlbar ab 5. Januar, 6. März und 1. April. Für Hilfsarbeiter bis zu 18 Jahren insgesamt 39,— Mk., von 18 bis 20 Jahren 57,50 Mk., über 20 Jahren 79,— Mk. Für Arbeiterinnen der ersten Altersgruppe 23,— Mark, der zweiten 32,— Mk., der dritten und für alle Anlegerinnen und Vogensängerinnen 38,— Mk. Hierdurch ist zu verzeichnen, daß sich in den niederen Altersklassen der Lohn in einem Vierteljahr verdreifacht und in den älteren Klassen verdoppelt hat. Die in der Luxusartenfabrikation beschäftigten Anlegerinnen erhielten eine hundertprozentige Verbesserung ihrer Zeit- und Stücklöhne. Die Durchführung der vereinbarten Lohnsätze erforderte noch eine Reihe persönlicher, brieflicher und telephonischer Nachhilfe. Im Steindruckgewerbe wurde mit diesem Mittel fast überall Erfolg erzielt. Auf größere Schwierigkeiten wurde bei verschiedenen reaktionären Buchdruckprinzipalen gestoßen. Hier machten sich sechs Gewerbegerichtslogen und zwei beim Schlichtungsausschuß nötig, um unsern Mitgliedern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Ein Kuriosum der Rechtsprechung soll nicht unerwähnt bleiben, das sich das Dresdner Gewerbegericht in folgender Klagesache leistete. Nachdem den Stein-druckgehilfen durch tarifliche Abmachungen die 47 stündige Arbeitswoche zuerkannt war, erhob auch das Stein-druckhilfspersonal denselben Anspruch. Die Arbeitgeber willigten dies nicht zu. Das Gewerbegericht, als Einigungsamt angerufen, fällt den Spruch, daß in den reinen Stein-druckbetrieben dem Hilfspersonal die 47 stündige Arbeitswoche gewährt werden müßte. Die Arbeitgeber lebten den Spruch ab. Das Hilfspersonal arbeitete aber nur 47 Stunden und bekam die 48. Stunde vom Lohne abgezogen. Es wurde beim Gewerbegericht eine Klage auf Auszahlung des zu Unrecht erfolgten Lohnabzuges gestellt und siehe da, das selbe Gewerbegericht, daß dem Hilfspersonal die 47 stündige Arbeitszeit zugesprochen, gab den Arbeitgebern Recht und wies die Klage mit der Begründung ab, der Spruch des Einigungsamtes sei nicht rechtsverbindlich. Mag diese Entscheidung formell einwandfrei sein, aber der Arbeiter erwartet von einem Laiengericht eine Beurteilung der Klagesache nicht nur nach juristischen Grundsätzen, sondern auch nach sozial empfindenden Anschauungen. Zum Kassenbericht übergehend teilte Kollege Herrmann mit, daß ein Zugang von 85 männlichen und 346 weiblichen, insgesamt 431 Personen, worunter 326 Neueintritte wären, zu verzeichnen sei. An Eintrittsgeldern waren 294,30 Mk. zu buchen, an Beiträgen 17 161 Mk., für vorläufig Abgemeldete 9,80 Mk. An Arbeitslose wurden 569,97 Mk., an Kranke 960,95 Mk., für Agitationskosten im Gau 456,20 Mk., für Verwaltungsprojekte 875,25 Mk., für Gehälter 3633,— Mk. und Versicherungsbeiträge 144,14 Mk. bezahlt. An die Hauptkasse konnten 10 827,59 Mk. als Ueberchuß überwiesen werden. Der Bestand der Ortskasse betrug 6392,25 Mk. An Ortszuschlägen wurden 3826,30 Mk., an Verwaltungsprojekten 875,25 Mk. und an sonstigen Einnahmen 804,40 Mk. aufgebracht. An Ausgaben waren zu verzeichnen 228,90 Mk. an Unterstützungs-geldern und 2642,46 Mk. an sonstigen Ausgaben. Der Kassenbestand der Lokalkasse betrug am Quartalschluß 9025,54 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang des Quartals:

370 männl., 1135 weibl., zus. 1505 Pers.
Zugang 85 männl., 346 weibl., zus. 431 Pers.
Sa. 455 männl., 1481 weibl., zus. 1936 Pers.
Abgang 53 männl., 143 weibl., zus. 196 Pers.

Bestand 402 männl., 1338 weibl., zus. 1740 Pers.

Von den Mitgliedern sind beschäftigt: im Buchdruck 223 männliche, 755 weibliche, im Stein-druck 170 männliche, 550 weibliche, im Lichtdruck 9 männliche, 33 weibliche. Arbeitslos waren 74 Mitglieder 1926 Tage, krank 152 Mitglieder 2730 Tage. Bei 1622 Durchschnittsmitgliedern betrug die Anzahl der entnommenen Marken 18 691 Stück, so daß 11,5 Markten auf jedes Mitglied entfallen. Die Veranstaltungen und Tätigkeit der Angestellten und Ortsverwaltung ergab folgendes Bild: Es fanden statt: 1 General-, 11 Mitglieder- und Sparten-, 9 Geschäftsversammlungen, 7 Vorstands-, 4 Vertrauenspersonensitzungen und 10 Sitzungen verschiedener Kommissionen, 3 Lohnverhandlungen, 13 malige Vorschläge bei Arbeitgebern, 8 Vertretungen beim Gewerbegericht und Schlichtungsausschuß.

Posteingänge		Postausgänge
394 Briefe		252
62 Karten		38
44 Druckfachen		561
56 Pakete		

Ueber den Gau 5 war folgendes zu berichten: Demselben gehören mit Dresden 15 Zahlstellen mit 602 männlichen und 2460 weiblichen, insgesamt 3120 Mitgliedern an. Buchholz und Großenhain wurden neugegründet. Ueberall entwickelte sich auch dort ein reges Verbandsleben und eine intensive Tätigkeit zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, die mit Hilfe des Gauleiters gefördert wurde, wogu er 13 mal in den Gaunorten tätig sein mußte. Mit einem Appell an die Anwesenden, in demselben Geiste wie bisher die Ziele der Organisation fördern zu helfen und an dem Bericht eine gerechte Kritik üben zu wollen, schloß der Redner seine fast zweistündigen Ausführungen. In der anschließenden Aussprache in der die Kollegen Täubrich, Großmann, Schöner und Höpfel sowie Kollegin Klaus das Wort ergriffen, wurde das in einzelnen Betrieben eingetragene Beitragsrestenwesen und die immerhin starke Mitgliederfluktuation geißelt, sowie Vorkommnisse anlässlich der Maifeier und des Generalkstreiks besprochen. Kollegin Klaus schilderte in längerer Ausführungen die Einrichtung der Arbeiterzentralbibliothek und forderte zur regen Inanspruchnahme derselben auf. Hier-auf wurde der vom Kollegen Täubrich als Obmann der Revisionskommission gestellte Antrag auf Entlastung des Kassierers einstimmig angenommen.

Krefeld. Am 21. Juni fand hier selbst eine vom „Graphischen Kartell“ einberufene öffentliche Versammlung des Druckerei-Hilfspersonals statt. Der aus Köln erschienene Gauleiter, Kollege Bell, referierte über „Zweck und Ziele der Organisation“. Eingehend führte er den Anwesenden vor Augen, wie durch das Fernbleiben von der Organisation die Krefelder Kollegenschaft bezüglich ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen ins Hintertreffen geraten sei. Nach lebhafter Aussprache beschloß die Versammlung die Gründung einer Zahlstelle unserer Organisation. Sämtliche anwesenden Kollegen und Kolleginnen traten dem Verbandsbe bei. Einem von der Versammlung gewählten dreigliedrigen Ausschuß wurde die Aufgabe übertragen, die Vorbereitungen zu treffen für die in nächster Versammlung vorzunehmenden Vorstandswahlen. Nach kurzen beglückwünschenden Worten des Einberufers schloß derselbe die gut besuchte und verlaufene Versammlung.

Leipzig. Am 10. Juni fand eine gut besuchte Mitglieder-versammlung statt. Zur Tagesordnung standen: 1. Zustimmung zu der vorgelegten Ratenzahlung zum Wiederaufbau des Volkshauses; 2. Die Aufgaben der Delegierten zum Verbandstag. Vom Kollegen Schüle wurde Grund und Ursache des von den Funktionären gemachten Vorschlags in eingehender Weise erörtert. Da in öffentlichen Versammlungen der Leipziger Arbeiterschaft der Beschluß, Beträge zu erheben, bereits gefaßt worden war, blieb es der Funktionärsführung nur überlassen, einen gangbaren Weg bei der Ent-richtung des auf unsere Mitglieder entfallenden Anteils zu finden. Es wurde vorgeschlagen, vier Staffeln zu erheben und zwar bei einem Wochen-lohn bis 50 Mk. 50 Pf., von 50 bis 90 Mk. 75 Pf., von 90 bis 120 Mk. 1 Mk. und über 120 Mk. 1,50 Mark zu zahlen. Obwohl man wisse, daß die Anforderungen an die Opferwilligkeit der Arbeiterschaft groß zu nennen seien, glaube man doch mit dieser Form der Ratenzahlung jedem Mitgliede die Möglichkeit gegeben zu haben, sich auf leichte Weise seiner Pflicht zu entledigen. In der Diskussion wurde der Antrag eingebracht, von den weiblichen Mitgliedern 0,50 Mk., von den männlichen Mit-gliedern 1,— Mk. pro Woche zu erheben. Man ließ sich jedoch überzeugen, daß der obige Vorschlag wohl der geeignetste sei und die Anwesenden stimmten denn auch mit großer Mehrheit dem von den Funktionären gemachten Vorschlage zu. Dem-nach besteht für jedes Mitglied die Verpflichtung, ab 1. Juni in 16 laufenden Wochenraten obigen Beitrag zu entrichten. Zu dem Thema, die Auf-gaben der Delegierten zum Verbandstage, nahm an Stelle des nicht erschienenen Referenten Kollegen Kraas, Berlin, der Kollege Kretschmar Gelegenheit, sich eingehend dazu zu äußern. Er schilderte, auf welche Weise der sogenannte Bürokratismus in den Gewerkschaften entstanden ist. Die Haltung der Zentralvorstände vor und speziell während des Krieges beweiße zur Genüge, wie man die Fühlung mit den Mitgliedern verloren habe, denn sonst wäre es wohl nicht möglich gewesen, so ohne weiteres alle die Arbeiterschaft schwer schädigenden Gesetze und Verordnungen zu unterstützen und deren Ein-führung zu fördern. Man verweise auf die Auf-bebung der Schulpflichtbestimmungen, den Burgfrieden

und das Hilfsdienstgesetz während des Krieges. Aber auch über den Krieg hinaus fände man immer noch genügend Beweise dafür, daß die Zentralvorstände sich mehr und mehr zum Netter des schwankenden Kapitalismus aufgeworfen haben, denn der Abschluß von Arbeitsgemeinschaften mit dem Unternehmertum sei ohne weiteres arbeiterschädigend zu nennen. Schon seien Anzeichen aller Art vorhanden, welche bestätigen, wie wenig die Kapitalisten sich um gemachte Vereinbarungen kümmern. Da nun auch der Hauptvorstand unserer Organisation, das heißt die Person als solche, auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft steht, müsse man als Mitglied dieser Sachen ein offenes Auge widmen. Festgestellt worden sei, daß der Hauptvorstand in seiner Gesamtheit längere Zeit beschlußunfähig gewesen ist, was aber nicht hinderte, wichtige Entscheidungen zu treffen (mit Hilfe der Gauleiter). Auch in anderen Fällen sei das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder unbedingt erforderlich, so bei Anstellung von Beamten und bei der Verwendung und Anlegung des Verbandvermögens. Zu konstatieren sei, daß man leichtfertigerweise 200 000 Mark in Anleihen angelegt habe, deren Rentabilität zweifelhaft erscheine, besser wären die Gelder wohl auf jeden Fall für die Mitgliedschaft als Kampfmittel zu verwenden gewesen. So fände man Gründe aller Art, die im Interesse der Mitgliedschaft unbedingt einer Umänderung bedürfen. Aus dieser Erkenntnis heraus sind denn auch die Anträge der Leipziger Zahlstelle auf Umgruppierung der Hauptverwaltung gestellt worden. Obliegenheiten des Verbandsauschusses sowie des Verbandsbeirates sollen in Zukunft alle Angelegenheiten von wichtiger Bedeutung sein. Schwere Kämpfe scheinen im Wirtschaftsleben in Vorbereitung zu sein, welche es unbedingt erforderlich machen, daß sich die Arbeiterkraft zu kompakten Massen konzentriert, um den Ansturm abzuwehren zu können. Es erscheine daher geboten, die graphische Arbeiterkraft im graphischen Industrieverband zu vereinigen. Weitgehendste Demokratie sei nur gewährleistet, wenn die Organisationen auf Grundlage des Räteprinzips aufgebaut würden. Referent betonte, in kurzen Worten den Weg vorgezeichnet zu haben, welcher von den Delegierten zu beschreiten sei. Um den Kampf gegen das alte System auch führen zu können, bedürfe es natürlich der Mitarbeit der Mitgliedschaft. In der Zukunft, lobnende Arbeit zu tun, empfiehlt er den Delegierten, standhaft für die gestellten Anträge einzutreten. Unter Verschiedenes machte Kollege Schmidt einige geschäftliche Mitteilungen. Vom Kollegen Schulze wurden einige Anfragen beantwortet, unter anderem soll in der Ferienangelegenheit versucht werden, definitiven Beschluß zu erhalten durch Einberufung einer Besprechung mit den Prinzipalen.

Saalfeld. Ohne „Konjunktur“ kein Streik, lautet eine alte Bauernregel. Wesentlich „schlechter“ als bei unserer jetzigen Bewegung konnte der Geschäftsgang nach Ansicht der technischen Kräfte kaum möglich sein. Den „größten Gefallen“ taten wir damit den Unternehmern. Nur Hilfsarbeiterstrategen konnten solche kapitalen Böcke schießen. Kräftig der Hahn auf dem Mist, so ändert sich das Wetter oder es bleibt wie es ist. Beneidenswert diejenigen, die Sozialkenntnisse und -Erfahrung besitzen. Auch ohne solche aber und den hundertjährigen Kalender mit seinen Regeln geht's. Nach siebenjähriger Dauer ist nämlich der Streik zu unsern Gunsten beendet und das gesteckte Ziel erreicht. Es erhalten nun bis 31. August: Steinschleifer 173,50 Mk., Hilfsarbeiter über 24 Jahre 163,75 Mk., von 21 bis 24 Jahren 140,— Mk., von 19 bis 21 Jahren 120,— Mk., von 17 bis 19 Jahren 101,— Mk., von 15 bis 17 Jahren 81,— Mk., im 15. Lebensjahr 58 Mk.; weibliche Personen von Hilfspersonen Auslegerinnen Anlegerinnen

Jahren	Mk.	Mk.	Mk.
14—16	43,—	48,—	53,—
16—18	51,—	56,—	61,—
18—20	62,—	67,50	72,50
20—22	76,—	81,—	86,—
über 22	85,50	90,50	96,50

an Maschinen von 95×125 und darüber 100,—

Der nicht ganz 15 000 Einwohner zählende Ort gehört zu denjenigen, welche laut Schiffsentartung keinen Sozialzuschlag haben. Zu unrecht, im Hinblick auf die für einen derartigen Ort ganz besonders stark entwickelten Druckindustrie. 15 bis 38,50 Mk. bei den männlichen, 7 bis 17,50 Mk. bei den weiblichen wöchentlich betragen die neuen Zulagen. Wiederum spielten die letzten Abschlüsse oft — und gerade nicht rühmlich! — genannter Großdruckereie eine Rolle. Radikale Lebensarten und wirkliche Arbeiterinteressenvertretung sind eben zwei verschiedene Begriffe. Unfähigkeit in dieser Beziehung deutet glänzend das Geschehen nach der Rätebittatur.

Uelsen. Am 22. Juni fand, nachdem die Vorbereitungen getroffen waren, die erste Versammlung der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen statt, in welcher Kollege Spatz über „Warum müssen sich alle Buch- und Steinbruderei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen bei uns organisieren?“ sprach. Die Kollegen von Uelsen, die alle bis auf zwei oder drei erschienen waren, verfolgten mit größter Spannung die Schilderung über das Anwachsen unseres Verbandes und über die Beratung des Reichstarifes und die Gegnerschaft der Prinzipale hierzu. Die Versammlung erkannte an, daß bei den unorganisierten Hilfsarbeitern in den Provinzorten die Löhne zu niedrig seien, es sei daher die Pflicht aller Provinzkollegen, sich zusammenzuschließen und den organisierten Kollegen nachzueifern, damit es bei den demnächst wieder stattfindenden Verhandlungen gelinge, den Reichstarif zustande zu bringen. Die schon seit Dezember 1919 periodisch gezahlten Teuerungszulagen bewiesen am besten, daß unsere Hauptleitung rege tätig ist und ihre Schuldigkeit getan habe, es sei daher Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, sich zu organisieren. Den Prinzipalen müsse gezeigt werden, daß die Gesamtkollegen hinter unsern Verbändlern steht. Jeder müsse sich seiner zuständigen Berufsorganisation anschließen. Nach der Aussprache, die sich dem Vortrage anschloß, traten alle Anwesenden unserm Verbands bei. Hierauf wurde die Zahlstelle gegründet und der Kollege W. Niehns zum Vorsitzenden und Kassierer gewählt. Möge sich die Zahlstelle Uelsen nun zu einem tatkräftigen Glied des Verbandes entwickeln zum Besten ihrer Mitglieder und der Gesamtkollegen.

Verband i. Sa. In der am 9. Juni stattgefundenen ersten Jahresversammlung nahm der Vorsitzende, Kollege Fügner, das Wort zu seinem ersten Jahresbericht. Es war ein ausführlicher Rückblick auf die Tätigkeit der im Mai v. J. neugegründeten Zahlstelle. Der Vorsitzende führte unter anderen den Kollegen und Kolleginnen noch einmal klar vor Augen, wie traurig hierorts die Verhältnisse und die Entlohnung der Hilfsarbeiterinnen vor Bestehen der Zahlstelle waren, daß noch im Juli v. J. — in einer Zeit, wo die Teuerung immer unerträglich wurde — Löhne von 7, 8, 10, 12 und 15 Mark gezahlt wurden und jedes Bemühen um Erhöhung der Löhne vergeblich war. Nur durch die Organisation war es möglich, diese Hungerlöhne zu beseitigen und das ist dann auch gelungen, wenn auch damit noch lange kein Ausgleich zwischen Teuerung und Lebenshaltung hergestellt wurde. Heute schwanken die Löhne zwischen 58, 70, 80, 90 und 129 Mark. Mehrere Klagen beim Gewerbegericht waren notwendig, um einigen Kolleginnen zu ihrem Recht zu verhelfen. Viele Schwierigkeiten bereiteten die hiesigen Prinzipale der jungen Zahlstelle, indem sie glaubten, sich über diese hinwegsetzen zu können. Der Vorsitzende stellte fest, daß die hiesigen Prinzipale sich nunmehr gewissermaßen mit dem Bestehen der Zahlstelle abgefunden haben und ihn bereits in einigen Streitfällen schriftlich ersuchten, persönlich zwecks Aussprache darüber zu erscheinen. Das ist nur zu begrüßen, liegt in beiderseitigem Interesse und schafft manche Unklarheiten und Unzufriedenheit aus dem Wege. Nachdem noch die Kassengeschäfte und die Mitgliederbewegung reichlich besprochen worden waren, schloß der Vorsitzende seinen ausführlichen und mit Befriedigung zur Kenntnis genommenen Bericht mit dem Wunsch, daß der schon so oft besprochene Reichstarif, der unstreitig für die Provinzkollegen große Vorteile bringe, recht bald zur Tatfache werden möchte. — Die Verwaltung der Zahlstelle bleibt in den bisherigen Händen und zwar als Vorsitzender Kollege Fügner, Schriftführerin Kollegin Elje König, Kassierin die Kolleginnen Ottilie Müller und Hedwig Schmidt. Ferner wurde noch die Delegiertenwahl zum Verbandstag vollzogen. Unter Allgemeinem wurde noch der Wunsch laut, wegen Ferienbewilligung an die Prinzipale heranzutreten. Hierauf schloß der Vorsitzende mit einem Appell an die Anwesenden, treu zum Verbands zu stehen, die anregend verlaufene Versammlung.

Opposition auf dem Verbandstage. Zu diesem Artikel in der letzten Nummer der „Solidarität“ hat Kollege Findewirth eine kurze Richtigstellung eingeleitet. Er legt als Vorsitzender der Zahlstelle Chemnitz Wert auf die Feststellung, daß der Satz: „er (Kollege Kraas) beugt seine Sprüchzahl über Waagen und Chemnitz aus“ nicht so aufzufassen ist, als ob in Chemnitz eine Versammlung stattgefunden hat, in der der Führer der Opposition zu Worte gekommen ist. Kollege Findewirth betont ausdrücklich, in seiner Zahlstelle hat keine zu diesem Zwecke einberufene Versammlung getagt, noch wird eine solche tagen.

Ausdruck.

Achtung, Betriebsräte! Von extrem politischer Seite wird fortgesetzt versucht, die Organisation der Betriebsräte den Gewerkschaften zu entziehen und auf syndikalistische oder kommunistische Aktionsprogramme festzulegen. Zu diesem Zwecke werden Zentralstellen oder provisorische Rätezentralen errichtet und die Betriebsräte auf den Verlehr mit denselben hingewiesen. Auch auf einer in Halle a. S. abgehaltenen Versammlung von Betriebsräten extremster Richtung wurde eine solche provisorische Reichszentrale in Berlin, die vermutlich unter der Leitung der Däumig, Malahn usw. steht, empfohlen. Der Zweck dieser provisorischen Reichszentrale ist kein anderer, als die Betriebsräte nach politischen Meinungsverschiedenheiten auseinander zu organisieren und anstatt der einheitlichen Arbeiterinteressenvertretung gegenüber dem Unternehmertum den Kampf von Arbeiter gegen Arbeiter zu pflegen. Durch solche Selbstzerfleischung aber werden die Betriebsräte niemals ein machtvolles Werkzeug zur Demokratisierung unserer Volkswirtschaft werden, sondern sie würden sich jedes Einflusses in den Betrieben und jedes Respekts der Unternehmer berauben. Die einheitliche Zusammenfassung aller Betriebsräte allein gewährleistet, daß sie sich als gleichberechtigter Faktor im Wirtschaftsleben durchsetzen. Diese einheitliche Organisation ist nur auf gewerkschaftlichem Boden und im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften möglich.

Wir richten an alle Betriebsräte im Reich das bringende Ersuchen, sich nicht von der Propaganda irgendwelcher unberufenen Rätezentralen einfangen zu lassen, sondern sich einzig und allein an die gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, Berlin SO. 16, Engelauer 15 IV, zu wenden, die jedem die gewünschte Auskunft erteilt.

Gewerkschaften und Konsumvereine. Mitte Juni fand in Bad Harzburg der Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine statt. Wie üblich, waren auch dieses Jahr neben anderen Gästen Vertreter verschiedener Organisationen anwesend, die in ihren Begrüßungsworten ihre Auffassungen über die Konsumgenossenschaftsbewegung erläuterten. Der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes erkannte dabei wohl am klarsten Wesen und Fähigkeit des organisierten Verbrauchers. Er sprach von der zusammengebrochenen deutschen Wirtschaft und der Verworfenheit der politischen Verhältnisse. Der Hebel zur Besserung sei in der Wirtschaft anzulegen. Wer Ruhe und Stetigkeit in die Wirtschaft bringe, leiste geeignete Arbeit für unser hart getroffenes Volk. Gerade die Konsumvereine, durch ihre jahrelange Arbeit mit den Bedürfnissen der Volkswirtschaft auf Stetigkeit und Ruhe vertraut, seien berufen, die unerlässlichen Vorarbeiten zum wirtschaftlichen Wiederaufbau zu leisten. Die Worte des Vertreters des Deutschen Gewerkschaftsbundes waren mehr als höfliche Geste. Sie waren ein Bekenntnis zur Arbeitsmethode unserer Konsumvereine; sie waren zugleich eine eindringliche Mahnung an alle, die es angeht; bei sich selbst mit der Ruhe und Stetigkeit am Wiederaufbau zu beginnen, damit nicht, bevor die Erkenntnis kommt, auch die letzten Möglichkeiten zum Aufstieg verpaßt werden.

Die Mitglieder unserer starken Gewerkschaftsbewegung sollten sich diese Auffassung ihres Vertreters vom Wesen der Konsumvereine zu eigen machen, soweit das noch nicht der Fall ist. Auf ihrem eigenen Gebiete haben unsere Gewerkschafter erfreulicherweise ja erkannt, wie die starke Organisation die eigenen, persönlichen Kräfte und Widerstandsfähigkeit wachsen läßt. Die Organisation des Verbrauchers ist nur der andere Teil der notwendig zu leistenden Arbeit, an der vorbeizugehen einer Selbstentmannung gleichkommt.

Eingegangene Druckschriften.

Der Elternbeirat. Dr. Kurt Kerlwin, Boemest. Nachdem durch die Elternbeiratswahlen eine große Zahl unserer Eltern zum Kampf gegen die Schulreaktion und zur Vorbereitung der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft berufen worden sind, dürfte ein Wegweiser für die Elternbeiräte ebenso notwendig wie willkommen sein. Ein solcher ist im Verlag der „Freiheit“, Berlin (W. Buchhandl.), erschienen. Preis, 24 Seiten stark, 2,25 Mk.

Der Betriebsobmann im Kleinbetriebe. Heft 2 der Gesetzeserläuterungen für Arbeiter und Angestellte. Gemeinverständliche Darstellung und Erläuterung aller den Obmann betreffenden Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und der Wahlordnung von Rudolf Wed, Arbeitersekretär in Königsberg i. Pr. Ladenpreis 2,50 Mk., Verlags-genossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin 1920.